

Europäisches Jahr 2010 zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut

(Erklärung zur Landesversammlung des Kolpingwerkes Landesverband-Bayern 2010)

Landesversammlung des Kolpingwerkes fordert menschengerechte Balance zwischen Fordern und Fördern im Hartz IV System und den verstärkten gesellschaftspolitischen Dialog zum Europäischen Aktionsjahr in Bayern!

In Deutschland leben etwa 13 Prozent der Menschen mit einem Einkommen das unter dem Existenzminimum liegt oder diesem entspricht. Besonders von Armut betroffen sind Arbeitslose und Alleinerziehende. Von ihnen leben etwa 37 Prozent mit einem Einkommen, das sie als arm ausweist. Erschütternd ist, dass etwa 1,7 Millionen Kinder unter 15 Jahren, d.h. fast 20 Prozent der Kinder in diesem Alter in Armut leben. Trotz aller staatlichen Transferleistungen hat sich an diesen Zahlen in den letzten Jahren kaum etwas geändert.

Armut ist ein komplexes Problem, das nicht allein auf Einkommensarmut beschränkt werden kann. Es gibt viele Ursachen, die bei Menschen subjektiv und objektiv Armut erzeugen. Die verschiedenen Erscheinungsformen der Armut sind eine Herausforderung für Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kirche.

Die sozialen Auswirkungen der jüngsten Finanzkrise treffen immer mehr Menschen in Europa. Armut und soziale Ausgrenzung ist überall dort erlebbar, wo Menschen die Möglichkeit genommen wird, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Ob in der Schule oder bei der Suche nach einem Arbeitsplatz nach der Ausbildung, Kinder und Jugendliche aus armen Familien mit oder ohne Migrationshintergrund erfahren soziale Ausgrenzung und Benachteiligung. Unsichere Arbeitsverhältnisse und Lohndumping führen häufig dazu, dass Familien nicht mehr in der Lage sind, das Notwendige selbst zu erwirtschaften. Armut trotz Erwerbstätigkeit hängt häufig auch mit unzureichender Qualifizierung, begrenzten Berufsbildungsmöglichkeiten, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bestehenden prekären Arbeitsverhältnissen zusammen.

Das Kolpingwerk in Bayern setzt mit seinen Einrichtungen der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung, der Familienerholung, der Jugend- und Studentenwohnheime und der Betreuung von Groß- und Mehrlingsfamilien gerade bei diesen Personengruppen an und appelliert gleichzeitig an die Verantwortlichen auf allen Ebenen der Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kirche, ihren Beitrag zu leisten, Ausgrenzung und Armut durch Beteiligung aller am sozialen Fortschritt nachhaltig zu bekämpfen. Armutsbekämpfung beginnt deshalb bei angemessenen Lebensbedingungen und Bildungschancen für die Kinder. Sie erfordert eine angemessene Infrastruktur öffentlicher Leistungen, vorbeugende Maßnahmen gegen den Weg in die Verschuldung und die Sicherung eines Grundeinkommens.

Die „Hartz-IV-Reform“ (SGB II) betont die Eigenverantwortung des Einzelnen. Die Balance zwischen „Fordern“ und „Fördern“ muss sich aber an den Chancen, Lebensleistungen und Möglichkeiten des einzelnen Menschen ausrichten. Sozialpolitische Verantwortung bedeutet, gerade auf die Belange der materiell oder intellektuell schwächeren Mitmenschen Rücksicht zu nehmen. Der Schutz der Menschenwürde und des Sozialstaates muss berücksichtigt bleiben. Die gegenwärtigen Leistungen reichen gerade aus, das materielle Überleben von Empfänger von Hartz- IV- Leistungen zu gewährleisten. Allerdings ist es kaum möglich von diesen Beträgen genügend Reserven zurückzulegen, um größere Anschaffungen, unvorhergesehene Ausgaben oder situationsbedingten Mehrbedarf finanzieren zu können. Eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben wird aus finanziellen Gründen der weit überwiegenden Zahl der Empfänger von Hartz- IV- Leistungen verwehrt bleiben. Die Frage der Absicherung im Alter wird ebenfalls nicht ausreichend berücksichtigt. Auch dies gehört

51 aber zu einem menschenwürdigen Leben im Sinne des Grundgesetzes dazu. Das
52 sozialstaatlich verankerte Bedarfsdeckungsprinzip und der Individualisierungsgrundsatz
53 müssen weiter beachtet werden. Die Bekämpfung einer künftig drohenden Altersarmut muss
54 zentrale Aufgabe der Politik sein. Die Lebensleistungen der Menschen müssen dabei
55 angemessen gewürdigt werden. Das Rentenmodell der katholischen Verbände hält dazu eine
56 zukunftsfähige und nachhaltige Lösung bereit.

57 Das Beispiel bisher erfolgreicher Verhinderung der schlimmsten Folgen der weltweiten
58 Finanzkrise belegt die Handlungsfähigkeit unserer Politik. Weshalb sind ähnliche
59 Anstrengungen gegen soziale Schieflagen und Armut nicht möglich?

60 Das Kolpingwerk in Bayern fordert deshalb:

- 61 • Nachbesserung der „Hartz-Reform“ im Sinne des sozialen Ausgleichs, insbesondere
62 durch die Erhöhung der Regelsätze um 20%.
- 63 • Stärkere Berücksichtigung des tatsächlichen finanziellen Bedarfs von Kindern bei
64 familienpolitischen Maßnahmen.
- 65 • Nachbesserungen beim Elterngeld.
- 66 • Erhöhung der Zuschüsse für gemeinnützige Familienerholung.
- 67 • Konkrete Schritte in der Bekämpfung von Sprachdefiziten vor allem bei Kindern und
68 Jugendlichen.
- 69 • Wiederaufnahme der Förderung von Jugend- und Studentenwohnheimen.
- 70 • Eine verstärkte Förderung von Verbraucher- und Schuldnerberatung.

71

72 In gleicher Weise sind Gesellschaft und Wirtschaft gefordert, einen Beitrag zum
73 Gesinnungswandel in der Armutsbekämpfung zu leisten. Das heißt beispielsweise:

74

- 75 • Die Verantwortlichen der Wirtschaft müssen ihre Sichtweise der Bedienung
76 einseitiger Interessen (Shareholder-Value) gemeinsam mit allen gesellschaftlichen
77 Kräften auf den Prüfstand stellen.
- 78 • Die Tarifpartner müssen bei allen tarifpolitischen Maßnahmen ein weiteres
79 Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich verhindern.
- 80 • Die Einführung von angemessenen und gerechten Mindestlöhnen wäre ein erster
81 Schritt für viele Betroffene aus der Armut.
- 82 • Banken und Kreditinstitute müssen zur verstärkten Sorgfalt gegenüber Kreditnehmer
83 verpflichtet werden. Das betrifft auch die Vergabe von Kleinkrediten an junge
84 Erwachsene.

85

86 Die Delegierten der Landesversammlung fordern die Einrichtungen und Gliederungen des
87 Verbandes, insbesondere die Kolpingsfamilien in Bayern auf, die Situation im eigenen
88 Umfeld zu analysieren, Armut und Ausgrenzung zu benennen und gemeinsam mit
89 gesellschaftlichen Kräften und Gruppierungen wie Pfarrgemeinden, Vereinen und Verbänden
90 vor Ort nach Lösungen zu suchen und konkrete Hilfen anzubieten. Das Kolpingwerk in
91 Bayern sieht es als seine ständige Aufgabe, an für einen Gesinnungswandel in Wirtschaft und
92 Gesellschaft zu sorgen, der die Ausgrenzung von Menschen vom gesellschaftlichen Reichtum
93 von vornherein nicht zulässt.

94

95 Schweinfurt, 24. April 2010

96 Kolpingwerk Landesverband Bayern e.V.

97 Adolf-Kolping-Str. 1

98 80336 München

99 Tel.: 089/599969-10 (Fax: -99)

100 Email: info@kolpingwerk-bayern.de